

Nahezu alle Wahlgänge in letzter Zeit waren von einem unübersehbaren Trend sinkender Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Dies wird zurecht hinlänglich beklagt, jedoch keinerlei Akzente gesetzt, um diesen demokratiegefährdenden Trend zu stoppen. Gut möglich, dass sich insbesondere auch Jungwähler ob der oft unsachlich nur auf gegenseitiges Anpatzen des politischen Mitbewerbers reduzierten Diskussionskultur angewidert abwenden und vom Wahlrecht keinen Gebrauch machen.

In der letzten Sonntag vom ORF ausgestrahlten Sendung „Im Zentrum“ konnte man sich ein einigermaßen richtungsweisendes Bild von den Bewerbern um das BP-Amt machen. Entlassung der derzeitigen Regierung, Spekulationen über möglichen EU-Austritt!, völlig fehlinterpretierte Auffassung von Neutralität, welche im Wesentlichen den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine negiert, waren die Kernaussagen einiger Mitbewerber für das BP-Amt.

Nun wäre es nicht das erste Mal in Europa, dass wir auf Grund geringer Wahlbeteiligung mit einem Ergebnis aufwachen, das wir so nicht gewollt haben. Wir sollten uns Gedanken darüber machen, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Mindest-Wahlbeteiligung von z.B. 65% für einen gültigen Wahlgang festzulegen.